

Hohenems, am 06.03.2024

Niederschrift

über die am Dienstag, dem 27. Februar 2024 um 19:00 Uhr im Löwensaal, stattgefunden

28. öffentliche und 7. nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Liste Dieter Egger:

Bgm. Dieter Egger
StR. Mag. (FH) Markus Klien
StR. Milina Kloiber
StV. MAS Johannes Drexel
StR. Erika Kawasser
StR. Dietmar Amann
StV. Kurt Aberer
StV. Arno Bentele
StV. Iris Kaulfus
StV. Johann Großschedl
StV. Norbert Fenkart
StV. Robert Schneider
StV. Andreas Sohm
StV. Dietmar Wehinger
EM. Manuela Taucher
EM. Günther Messner
EM. Werner Rampler

Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger

Hohenemser Volkspartei - Team Gerhard Stoppel:

StR. Gerhard Stoppel
StR. Angelika Benzer
StV. Helmut Troy
StV. Birgit M. König
StV. MBA Philipp Schuler
StV. Ing. Dieter Mathis
StV. DI Christian Mathis

Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei

Grüne und Parteifreie:

Vizebgm. Mag. Patricia Tschallener
StV. Gabriele Bächle

Grüne und Parteifreie
Grüne und Parteifreie

	StV. Robert Isopp	Grüne und Parteifreie
	StV. Mag. Sabine Mohr-Egger	Grüne und Parteifreie
	EM. Mag. Art. Dietmar Fend	Grüne und Parteifreie
	EM. Karl Hirschböck	Grüne und Parteifreie
Ems isch üsr:	StR. DSA Bernhard Amann	Ems isch üsr
	StV. Osman Güvenc	Ems isch üsr
	StV. Gökhan Ugurlu	Ems isch üsr
	StV. Roswitha Sahler	Ems isch üsr
Steinbruch - Gegner:	StV. DDr. Arnulf Häfele	Steinbruch - Gegner
SPÖ Hohenems und Parteifreie:	StV. Günter Zechner	SPÖ Hohenems
Auskunftsperson:	Dr. Markus Kranz	
Schriftführerin:	Birgit Amann	
Entschuldigt:	StV. Christian Hefel	Liste Dieter Egger
	StV. Klaus Kühne	Liste Dieter Egger
	StV. Anton Strammer	Liste Dieter Egger
	StV. Maria Benzer	Grüne und Parteifreie
	StV. Mag. Stefan Birkel	Grüne und Parteifreie

Tagesordnung

1. Begrüßung und Fragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Besetzung von Ausschüssen
4. Tourismus und Stadtmarketing Hohenems GmbH: Gesellschafterbeitrag 2024
5. Erlassung einer Zweitwohnungsabgabeverordnung
6. Wahl des Vorstandes des Vereins "Erneuerbare Energiegemeinschaft Stadt Hohenems"
7. Finanzierungsübereinkommen Um- und Neubau A14 Rheintalautobahn Anschlussstelle Hohenems, L46/L203, Spange Süd
8. Verordnung Mindestmaß baulicher Nutzung für GST 650/2 - Veröffentlichung Entwurf
9. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GST 650/1,650/2,650/3 – Veröffentlichung Entwurf
10. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 2147/1, Aldi Süd KG (Hofer) – Erweiterung Verkaufsfläche
11. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7648, 7649, 7650, 7651 & 7693/1, Grüner Platz Weg - Veröffentlichung Entwurf
12. Wechsel der Betrieblichen Vorsorgekasse
13. Antrag von Ems isch üsr und SPÖ Hohenems & Parteifreie: Grundsatzbeschluss - Neubau der öffentlichen WC-Anlage
14. Landtagsbeschluss betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Zweitwohnungsabgabegesetzes und des Tourismusgesetzes - Sammelnovelle

15. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz
16. Genehmigung der Niederschrift über die 27. Sitzung der Stadtvertretung
17. Allfälliges

Verlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden StadtvertreterInnen und BürgerInnen sowie die Zuschauer via Livestream und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Tagesordnungspunkt 11 „Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7648, 7649, 7650, 7651 & 7693/1, Grüner Platz Weg - Veröffentlichung Entwurf“ wird, für weitere Abklärungen mit dem Besitzer, von der Tagesordnung genommen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

1. Begrüßung und Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen.

3. Besetzung von Ausschüssen

Es liegen keine Anträge vor.

4. Tourismus und Stadtmarketing Hohenems GmbH: Gesellschafterbeitrag 2024

StR. Dietmar Amann: Der Wirtschaftsstadtrat erläutert den Antrag. Ich bitte um Zustimmung zum nachstehenden Antrag.

StR. Angelika Benzer: Wir stimmen über 899.000 Euro ab. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Beträge falsch aufgeteilt sind. Diese Förderung ist dazu da, Gratisveranstaltungen für das ganze Land abzuhalten. Wir sind dafür, dass Eintritte bei Konzerten eingehoben werden. Für andere Leistungen der TSH, wie zB Zeltverleih, muss bezahlt werden. Die VP Hohenems kann diesem Antrag nicht zustimmen.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadt Hohenems erbringt an die Tourismus- und Stadtmarketing Hohenems GmbH für 2024 eine Gesellschaftereinlage von € 899.000 wie folgt:

25 % der Mittel d.s. € 224.750 sofort nach Beschlussfassung und

25 % der Mittel d.s. € 224.750 je am 30.03.2024, 30.06.2024 und 30.09.2024.

wird mit 25:11 Stimmen (ÖVP und Ems isch üsr) **angenommen**.

5. Erlassung einer Zweitwohnungsabgabeverordnung

Dr. Markus Kranz: Zur Abstimmung soll diese Verordnung kommen. Mit 01.01.2024 ist das Gesetz in Kraft getreten. Es kommt noch eine Adaptierung des Landes Vorarlberg im März. Es gibt eine Empfehlung des Gemeindeverbandes und des Landes Vorarlberg. Die Änderungen des Landes möchten eine Kannbestimmung für Wohnungen auch für touristische Vermietungen.

StV. Arnulf Häfele: Natürlich bin ich für eine Abgabe. Die Vorgangsweise ist schlampig und bietet Jedem, der es anfechten will, gute Chancen zu gewinnen. Wir beschließen diese Verordnung nur, um die Abgabe einheben zu können. Das ist in der Gesetzgebung sehr schlampig.

Bürgermeister: Mit schlampig meinen Sie das Land? Grundsätzlich haben Sie nicht Unrecht, aber es geht um die Fristen. Es ist sinnvoll das zu machen.

Der **Antrag** lautend auf:

Beschluss der im Entwurf 1.0 vom 06.02.2024 beiliegenden Zweitwohnungsabgabeverordnung

wird mit 32:4 Stimmen (EM. Karl Hirschböck, StV. Günter Zechner, StV. Arnulf Häfele, StR. Bernhard Amann) **angenommen**.

6. Wahl des Vorstandes des Vereins "Erneuerbare Energiegemeinschaft Stadt Hohenems"

Der **Bürgermeister** erläutert den Antrag.

Der **Antrag** lautend auf:

Wahl des Vorstandes des Vereins „Erneuerbare Energiegemeinschaft Stadt Hohenems“:

Wahlvorschlag:

Obmann: Bgm Dieter Egger

Obmann-Stellvertreter: Gf Clemes Osl, MAS

Vorstandsmitglied: Klaus Kühne, Liste Dieter Egger

Vorstandsmitglied: Mag. Stefan Birkel, Grüne

Vorstandsmitglied: StR Gerhard Stoppel, Hohenemser Volkspartei

Vorstandsmitglied: StR Bernhard Amann, Ems isch üsr

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

7. Finanzierungsübereinkommen Um- und Neubau A14 Rheintalautobahn Anschlussstelle Hohenems, L46/L203, Spange Süd

Bürgermeister: Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Dieses Thema ist ja nicht neu. Im Jahre 2019 haben wir schon eine Absichtserklärung beschlossen. Es ist ein sehr großes Projekt. Wir haben bei der Abfahrt

Hohenems sehr hohe Stauwirkungen was auch ein hohes Sicherheitsrisiko darstellt. Der Hornbachkreisverkehr ist zu klein, darum staut es in alle Richtungen. Es braucht dringend eine Lösung und Entlastung. Es wurden gemeinsam mit der Asfinag, dem Land Vorarlberg, der Stadt Hohenems und Experten zig Varianten untersucht. Die Bestlösung samt Finanzierung liegt nun zur Beschlussfassung vor. Die Verkehrsströme sollen aufgeteilt werden. Es gibt einen neuen Kreisverkehr bei der Anschlussstelle mit 70 m Durchmesser. Der Hornbachkreisverkehr wird durch eine Ampel ersetzt, welche die Verkehrsströme steuert. Das Land wird die Brücke über den Rheintalbinnenkanal komplett neu errichten. Die Radwegverbindung war uns sehr wichtig. Diese soll von der Innenstadt bis in die Schweiz führen bzw. auch auf den Landesradweg ins Ober- und Unterland. Das Betriebsgebiet BB A14 wird auch erschlossen. Die Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium, der Asfinag und dem Land Vorarlberg waren sehr schwierig. Nun liegen die Zustimmungen vor. Die Behördenverfahren sollen noch heuer eingeleitet werden. Der Baubeginn ist auf 2025 geplant. Das vorliegende Projekt ist eine sehr gute und wichtige Entlastung. Es sind Vorteile für alle. Ein flüssiger Verkehr ist besser als Stau, auch für die Umwelt.

StV. Philipp Schuler: Langsam kommen die Themen der Opposition zurück. Der Hornbach Kreisverkehr ist untragbar. Nun ist es fast 10 Jahre später. Wo stehen wir jetzt? Wir nennen es einfach mal Spange. Mit Verzögerungen wird es Mitte 2028 werden, bis es hier eine Entspannung gibt. Wir sind für die Spange. Die Kosten werden schwer auf der Stadtkasse liegen. Wir werden bei der Finanzierung sehr genau hinschauen müssen. Ich würde als FPÖ keine Werbung dafür machen.

Bürgermeister: Vorweg danke für die Zustimmung. Nun, wenn die ÖVP Verkehrsplanung kritisiert hat das was von „Kabarett“. Die Verkehrsplanung der ÖVP im ganzen Land ist keine Werbung. Die S18 wird schon Jahrzehnte geplant und es gibt noch keine Lösung, die Tunnelspinne brauchte Jahrzehnte bis zur Umsetzung und noch viele andere Beispiel, die kein Vorzeigeprojekt sind. Ich habe von meinem Vorgänger ein Projekt übernommen, welches nicht umsetzbar ist und jetzt haben wir ein umsetzungsreifes Projekt. Im Vergleich nicht so schlecht. Und sie alle wissen auch, dass die „Blockade“ des Verkehrsministeriums zu einer massiven Verzögerung geführt hat. Aber auch diese Blockade konnten wir lösen. Für ein so großes Verkehrsprojekt ist es eine schnelle Umsetzung.

StV. Gabriele Bächle: Die größte Herausforderung unserer Zeit ist der von uns Menschen verursachte Klimawandel und die dadurch entstehenden Wetterextreme: Lange trockene Perioden werden von Starkregen abgelöst. Auch wir in Österreich haben die Folgen schon gespürt: Wir erinnern uns, wie in manchen Gegenden die landwirtschaftlichen Produkte auf dem Feld verdorrt sind und es in unserem und auch anderen Bundesländern zu Überschwemmungen gekommen ist. Die Versicherungen stehen vor einer neuen Situation, denn das Ausmaß der Schäden wird immer größer.

Klimaforscher warnen seit Jahren vor den schwerwiegenden Folgen und fordern zu ambitionierterem Handeln auf.

Wenn es um Klimaschutzmaßnahmen geht, ist der Verkehr ein großes Sorgenkind, denn er macht fast 30% des CO₂ Ausstoßes aus. Insgesamt sind durch die Maßnahmen, die in den letzten Jahren gesetzt wurden, die CO₂ Werte in den Bereichen Landwirtschaft, Gebäude, Energie und Industrie gesunken. Doch im Bereich Verkehr sind die CO₂ Werte stark gestiegen! Auch die Stickoxide und der auch bei E-Autos durch den Bremsvorgang entstehende Feinstaub ist stark gestiegen.

Global stellen sich die Folgen der Klimakrise noch einmal anders dar, denn DIE die den Klimawandel am wenigsten bis gar nicht verursacht haben, spüren die Folgen am meisten!

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Verschärfung der Klimakrise ist eine Mobilitätswende der einzig richtige Weg. Wenn auch kommende Generationen das Recht auf ein gutes Leben haben,

müssen wir unser Mobilitätsverhalten ändern. Und WIR in den politischen Gremien müssen die Rahmenbedingungen gestalten.

Das heißt, dass es nicht richtig ist, wenn wir im Jahr 2024 die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs erhöhen und dafür viele Millionen Euro ausgeben.

Wir sind gefordert andere Lösungen zu suchen. Es braucht ein Bündel an Maßnahmen: die oberste Maxime ist die Vermeidung, also der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel: stündlich fahren 4 Züge von Hohenems Richtung Dornbirn und 4 Richtung Feldkirch, zu Stoßzeiten sogar mehr!

Überhaupt haben wir ein Angebot von dem sehr, sehr viele Regionen in Österreich nur träumen können, eine andere Möglichkeit ist die Bildung von Fahrgemeinschaften: als ich vor 44 Jahren in Lustenau zu arbeiten begann, waren wir drei Personen aus Hohenems, es war selbstverständlich, dass nicht jede alleine mit ihrem PKW zur Arbeit fährt - wir fuhren zu dritt, einmal die eine, am anderen Tag die andere und am nächsten die dritte usw.

Seit einigen Jahren gibt es das Projekt „Park and drive“. An 70 Standorten mit 3600 Stellplätzen stellt die ASFINAG Parkplätze zur Verfügung, damit Fahrgemeinschaften entstehen können. Auch in Hohenems ist so ein Pendlerparkplatz angedacht.

Eine Maßnahme wäre auch die Verminderung von Staus durch Temporeduktion. Denn je niedriger die Geschwindigkeit, desto mehr Autos kann ein Straßenstück aufnehmen! Dazu gibt es schon viele Beispiele. Am Beispiel Stau sehen wir, dass das E-Auto das Verkehrsproblem nicht löst.

Ein heute hier anwesender Kollege aus einer anderen Fraktion meinte einmal: das Auto ist ein sehr, sehr ineffizientes Fortbewegungsmittel. Wenn es eine Maschine wäre, würde sie es nicht auf den Markt schaffen oder wäre schon lange vom Markt verschwunden.

Die Entscheidung für die Planung des hier vorliegenden Projektes, über deren Finanzierungsschlüssel wir heute abstimmen sollen, wurde schon vor einigen Jahren gefällt.

Heute wissen wir, dass der Verkehr nicht wachsen darf, sondern schrumpfen muss, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen und die Klimakrise nicht zur Klimakatastrophe werden soll.

Ich bitte alle Anwesenden, das vorliegende Projekt zu überdenken und sich mutig neuen Lösungen zuzuwenden.

Ich stelle hiermit einen **Vertagungsantrag**. Dieser wird mit 32:4 Stimmen **abgelehnt**.

Der **Antrag** lautend auf:

Abschluss der beiliegenden Vereinbarung betreffend Kostenteilung zum Projekt Um- und Neubau L 46 Diepoldsauer Straße / L 203 Rheinstraße / Spange Süd, Umbau A 14 Rheintal / Walgau Autobahn - Anschlussstelle Hohenems, zwischen dem Land Vorarlberg, der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft und der Stadt Hohenems.

wird mit 32:4 Stimmen (EM. Karl Hirschböck, StV. Günter Zechner, StV. Gabriele Bächle, StV. Arnulf Häfele) **angenommen**.

8. Verordnung Mindestmaß baulicher Nutzung für GST 650/2 - Veröffentlichung Entwurf

StR. Markus Klien: erläutert den Antrag.

Der **Bürgermeister** schlägt vor, gleich den TOP 9 mitzudiskutieren.

StR. Markus Klien: Die Seite 2 beim Vorlagebericht enthielt eine leere Tabelle. Die Seite wird auf der Sitzung nochmals an alle verteilt. Da alles im Vorlagebericht erläutert ist, braucht es von mir keine weiteren Ausführungen mehr.

StV. Sabine Mohr-Egger: Die TOP 8 und 9 hängen zusammen, weshalb ich gleich zu beiden Themen Stellung nehme. Denn der Beschluss der Verordnung über das Mindestmaß baulicher Nutzung ist hinfällig, wenn die unter TOP 9 zu behandelnde Teiländerung des Flächenwidmungsplans abgelehnt wird, was wir Grünen und Parteifreien tun. Nur weil uns ein Antrag auf Umwidmung eines landwirtschaftlichen Grundstücks in ein Baugrundstück ein ums andere Mal vorgelegt wird, ändert sich unsere Haltung nicht.

Die Eigentümerin des Grundstücks regt die Änderung des Flächenwidmungsplans mit der Begründung „*der bestehenden Nutzung für Wohnzwecke ohne landwirtschaftliche Nutzung*“ an. Dagegen spräche auch nichts. Natürlich sollen Bauern und Bäuerinnen in ihrem auf landwirtschaftlichen Grund gebauten Haus wohnen bleiben dürfen, auch wenn sie die landwirtschaftliche Tätigkeit einstellen.

Umgewidmet werden sollen nun aber knapp 1.000 m², obwohl derzeit nur 500 m² bebaut sind. Es ist also schon einmal nicht einzusehen, dass eine fast doppelt so große Fläche umgewidmet werden soll, wenn es doch angeblich nur um die Weiternutzung des bestehenden Wohnhauses geht.

Das scheint denn auch nicht das wahre bzw. einzige Ziel der Umwidmung zu sein. Denn in der von der Stadt Hohenems eingeholten fachlichen Äußerung des Unabhängigen Sachverständigenrats ist von der „*Bildung von max. zwei Bauplätzen*“ die Rede. Es soll zwar die Errichtung einer Wohnanlage abgeschlossen werden. Die Errichtung eines Ein- oder Zweifamilienhauses neben dem Bestandsgebäude soll jedoch möglich sein.

Es sollen also wieder knapp 500 m² zusätzlich versiegelt werden, obwohl jedermann und jede Frau weiß, dass die Bodenversiegelung in Österreich ein echtes Problem ist, das sich vielfältig negativ auswirkt. Man denke nur an den ständigen Rückgang von Anbauflächen, der unsere Lebensmittelversorgung gefährdet, und an mangelnde Versickerungsflächen bei Starkregenereignissen, die aufgrund des Klimawandels häufiger und stets intensiver werden.

Jetzt werden sich viele denken, naja wieso machen die Grünen wegen 500 m² so ein Aufheben. Die Antwort ist: Auch jeder kleine Schritt in die richtige Richtung ist ein wichtiger. Denn es besteht kein Zweifel, dass wir schnurgerade auf eine Klimakatastrophe zusteuern. Wir müssen das Ruder endlich herumreißen und uns nicht nur auf Lippenbekenntnisse zum Klimaschutz beschränken!

Außerdem nehmen wir Grünen und Parteifreien uns selbst ernst. Erst in der Sitzung vom 07.11.2023 hat sich diese Stadtvertretung mehrheitlich einmal mehr zu den Grundsätzen und Zielen des REP, insbesondere zum aktiven Bodenschutz und zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden bekannt und insbesondere dazu, neuen Bodenverbrauch und Flächenversiegelung auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren sowie landwirtschaftliche Flächen für künftige Generationen zu sichern und eine vielfältige und naturnahe Landwirtschaft zu fördern. Nach dem REP soll auch keine Vorratswidmung erfolgen. Bauflächen sollen nur gewidmet werden, wenn ein konkretes Bauprojekt ansteht. Das ist hier nicht der Fall. Es besteht kein konkretes Bauprojekt, weder für das Bestandsobjekt noch für den zweiten Bauplatz. Vielmehr läuft die Flächenumwidmung neben der legitimen Weiternutzung des Bestandsobjekts darauf hinaus, landwirtschaftlichen Boden für den Eigentümer zu vergolden. Baugrundstücke in Hohenems kosten gemäß Statistik Austria EUR 653,00/m², landwirtschaftliche Flächen hingegen EUR 10 – 15. Mit der Umwidmung vervünfzigfacht sich der Wert. Nach der Umwidmung könnte die Eigentümerin also allein den dadurch gewonnen zusätzlichen Bauplatz von knapp 500 m² um rund EUR 300.000,00 verkaufen. Ein schönes Geschenk der Stadt Hohenems, über das sich viele Menschen freuen würden, die sich bei weitem kein Grund- oder Wohnungseigentum mehr leisten können. Das ist auch eine durch nichts zu rechtfertigende Ungleichbehandlung.

Und wenn man schon umwidmet – und damit komme zurück zu TOP 8 – dann sollte wenigstens eine vernünftige Verdichtung stattfinden, wie sie ebenfalls vom REP gefordert wird. Mit einer Baunutzungszahl von 10 gelingt dies aber nicht. Auf dem knapp 500 m² großen zweiten Bauplatz müsste daher lediglich ein Wohnhaus mit einer Fläche von 50 m² errichtet werden, was wiederum eine Bodenverschwendung ist.

Aus diesen Gründen können wir Grüne und Parteifreie den Beschlussanträgen zu TOP 8 und 9 nicht zustimmen.

Bürgermeister: Die Antragstellerin hat den Unabhängigen Sachverständigenrat angerufen und nicht wir.

StR. Markus Klien: Es gibt ein konkretes Projekt, nämlich den Bau eines Hauses.

StV. Dieter Mathis: Ich stehe jetzt zum 4. Mal hier. Die Eigentümer wollten die Grenzen gerade ziehen. Wir haben dagegen gestimmt. Den USR in den Ausführungen finde ich spannend. Der USR gibt die Ansicht der ÖVP in seiner Stellungnahme wider. Mit dieser Umwidmung kann ich mitgehen.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf über eine Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung gemäß § 31 Raumplanungsgesetz für Liegenschaft Gst.-Nr. 650/2, KG Hohenems, laut beiliegendem Entwurf und Veröffentlichung gem. § 29 Raumplanungsgesetz.

wird mit 31:5 Stimmen (Grüne) **angenommen**.

9. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, GST 650/1,650/2,650/3 – Veröffentlichung Entwurf

Die Diskussion erfolgte unter dem TOP 8.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf zur Teiländerung des Flächenwidmungsplanes für Liegenschaft Gst.-Nr 650/1,650/2 und 650/3, KG Hohenems, gemäß der beiliegenden Verordnung sowie der zeichnerischen Darstellung im angehängten Plan (Plan-Zl h031.2-10/2010 vom 30.01.2024) und Veröffentlichung gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 29:7 Stimmen (Grüne; StV. Gökhan Ugurlu) **angenommen**.

10. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 2147/1, Aldi Süd KG (Hofer) – Erweiterung Verkaufsfläche

StR. Markus Klien erläutert den Antrag.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems stimmt der geplanten Verkaufsflächenerweiterung von 700 m² auf 890 m² zu und regt eine Änderung des Landesraumplanes beim Amt der Vorarlberger Landesregierung an.

wird mit 35:1 Stimmen (StV. Gabriele Bächle) **angenommen**.

11. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7648, 7649, 7650, 7651 & 7693/1, Grüner Platz Weg - Veröffentlichung Entwurf

Der Tagesordnungspunkt wird am Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

12. Wechsel der Betrieblichen Vorsorgekasse

Der **Bürgermeister** erläutert den Antrag. Im Sinne einer guten Veranlagung würden wir den Umstieg empfehlen.

Der **Antrag** lautend auf:

Kündigung der Betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse bei der Allianz Vorsorgekasse AG zum 30.06.2024 und Wechsel durch Vertragsneuabschluss zur VBV Vorsorgekasse AG.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

13. Antrag von Ems isch üsr und SPÖ Hohenems & Parteifreie: Grundsatzbeschluss - Neubau der öffentlichen WC-Anlage

StV. Günter Zechner: Dieses öffentliche WC ist untragbar. Wir haben parteiübergreifende Gespräche geführt. Ich stelle den nachstehenden **Abänderungsantrag:**

Die Stadtvertretung trifft folgenden Grundsatzbeschluss: Bis zum 10.09.2024 soll die Planung entweder für eine Renovierung der aktuellen WC-Anlage oder für einen Neubau im Bereich des Kirch- oder Schlossplatzes ausgearbeitet sein und der Stadtvertretung vorgelegt werden. Die zuständigen Referate werden mit der Ausarbeitung der Planung beauftragt.

Es kommen viele Gäste von auswärts. Das sieht einfach miserabel aus. Beim Wochenmarkt ist das WC im Löwensaal geschlossen. Bei anderen Veranstaltungen ist es natürlich offen.

StR. Bernhard Amann: Wir haben im Jahre 2006 einen Film gedreht mit Menschen die gehandicapt sind. Damals hat man schon gesehen, dass diese keine Chance hatten, dieses öffentliche WC zu benutzen. Es muss etwas Neues und auch Behindertengerechtes gemacht werden. Günter Zechner hat mit den anderen Fraktionen geredet. Bis im September sollte es Pläne geben.

Bürgermeister: Das WC haben wir schon ewig und es wurde vor einigen Jahre renoviert. Ein öffentliches WC ist ein Riesenthema. Es ist auch eine Frage der Pflege. Ich würde sagen, dass wir es in den

Planungs- und Bauausschuss vertagen. Lass uns das fachlich diskutieren. Ich stelle einen **Vertagungsantrag**.

Dieser wird mit 34:2 Stimmen (StV. Gabriele Bächle, EM. Karl Hirschböck) **angenommen**.

14. Landtagsbeschluss betreffend ein Gesetz über eine Änderung des Zweitwohnungsabgabengesetzes und des Tourismusgesetzes - Sammelnovelle

Der **Antrag** lautend auf:

Es wird ein Antrag auf Durchführung einer Volksabstimmung gestellt.

wird mit 31:5 Stimmen **abgelehnt**.

15. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz

Die Anfragen wurden alle beantwortet.

16. Genehmigung der Niederschrift über die 27. Sitzung der Stadtvertretung

Die Niederschrift wird mit 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) genehmigt.

17. Allfälliges

StR. Bernhard Amann: Die Bürgerinitiative Altach hätte gerne mit Menschen aus Hohenems von allen Fraktionen gesprochen. Am Montag um 19 Uhr trifft man sich bei mir im Beisl. Es geht um den Kiesabbau in Altach. Hohenems ist durch die Rheinauen auch betroffen.

Bürgermeister: Ich muss klarstellen, dass es sich hier um ein Projekt der Altacher Gemeindepolitik handelt. Es ist nicht unsere Gemeindepolitik. Für uns bedeutet es keine Verschlechterung. Ich persönlich werde mich nicht in die Altacher Gemeindepolitik einmischen. Das möchten wir umgekehrt auch nicht.

Vizebgm. Patricia Tschallener: Ich bedanke mich für die zahlreiche Teilnahme beim Foto für das Projekt StoP „Stadt ohne Partnergewalt“. Ich finde es total lässig. Das ist ein tolles Zeichen für die Bevölkerung für StoP gegen Frauengewalt.

StV. Arnulf Häfele: Die Hohenemser Stadtvertretung hat am 12.12.2023 den Voranschlag 2024 beschlossen. Ich habe an der Vorberatung teilgenommen. Bei der Stadtvertretungssitzung konnte ich krankheitsbedingt nicht dabei sein und auch kein anderes Fraktionsmitglied entsenden. Ich habe meine Budgetrede zeitgerecht am 15.12. beim Gemeindeblatt abgegeben. Ich lese meine Budgetrede vor. Der Pressechef war mit der Länge zufrieden. Danach kam die Rückmeldung, dass der Bürgermeister diesen Text so nicht abdrucken möchte. Einen Budgetkommentar dürfe nur derjenige schreiben, der auch an der Sitzung war. Es gab mehrere Anrufe aus der Kommunikationsabteilung. Warum wurde mein Beitrag gestrichen? Das war eine folgenschwere Fehlentscheidung. Ich verlese nochmals meinen Beitrag für das Gemeindeblatt. Es ist mir egal, ob Hinz und Kunz im Gemeindeblatt erscheinen, aber das ein Redebeitrag von einem Stadtvertreter nicht erscheint, ist sehr fragwürdig. Wir sind von russischen Verhältnissen nicht mehr weit entfernt.

Bürgermeister: Wir kennen Ihre Reden. Sie reden von einem Skandal. Sie verdrehen die Tatsachen an diesem Mikrofon. Sie missbrauchen einen Mitarbeiter der Stadt. Das ist unanständig und das ist das Schlimme. Sie sind nicht in der Lage eine richtige Fraktion auf die Beine zu stellen und einen Ersatz zu organisieren. Dafür kann ich nichts, das ist ihr Problem. Es tut mir leid, dass Sie krank waren. Sie haben mir das im Vorfeld mitgeteilt. Eine Replik zu veröffentlichen ist nicht ok. Warum sollen wir im Gemeindeblatt eine Budgetrede veröffentlichen die nicht gehalten worden ist? Nur weil sie es sind. Ihre Budgetrede hat nie stattgefunden. Mein Fraktionsobmann hat keine Budgetrede gehalten und darum wurde auch keine meiner Fraktion veröffentlicht. Das ist doch vollkommen logisch. Wir können doch keine Budgetrede veröffentlichen, die nie gehalten wurde?! Das gilt auch für den Arnulf Häfele und da bekommt er auch keine Sonderbehandlung. Das hat nichts mit Moskau zu tun, sondern mit klaren Spielregeln und der Gleichbehandlung aller Fraktionen. Wir kennen Sie alle. Lassen Sie das endlich sein. Sie bekommen keine Sonderbehandlung. Ich werde auch in Zukunft keine Rede von Ihnen veröffentlichen, die nicht gehalten wurde.

StV. Arnulf Häfele: Ich habe nichts gegen Herrn Fruhmann. Sie müssen niemand anderen etwas vorwerfen. Wenn jemand nicht ihrer Meinung ist, geht das nicht in Hohenems. Es ist eine Propagandazeitung von Ihnen. Es ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe am 15.01.2024 an Raimund Lebenbauer eine Frage gestellt, ob es Förderungen des Landes für den Neubau des Rathauses gibt? Wie ist die Höhe der Förderung? Ich habe nie eine Antwort bekommen. Einfach nichts! Ich stelle nachstehende **Anfrage** nach § 38 Abs. 4:

Wann rechnet die Stadt Hohenems mit der Fertigstellung des neuen Rathauses im Schebesta-Areal?
Wie hoch beläuft sich die Schätzung der gesamten Kosten für die Fertigstellung des Rathauses am heutigen Tag [27.02.2024]?

Sind in diesem Betrag auch eventuelle Förderungen von Bund und Land schon enthalten?

Wie ist die Aufteilung: Welchen Betrag muss die Stadt Hohenems bezahlen?

Welche Förderungen vom Land sind zu erwarten?

Welche Summen sind von der Stadt Hohenems bis zum heutigen Tag bereits überwiesen worden?

Bürgermeister: Sie sind untergriffig. Wir haben jede Frage zum Thema Kosten Rathaus mehrfach beantwortet. Bei jedem Beschluss ist die Kostenprognose dabei. Mehr an Transparenz gibt es nicht. Sie müssen nur ihre Arbeit als Stadtvertreter machen und Vorlageberichte lesen.

StV. Roswitha Sahler: Mir ist aufgefallen, dass fahrradfahrende Mütter gegen die Einbahn der Marktstraße fahren. Wenn auch noch Anlieferung in der Marktstraße ist, ist es sehr eng. Fahren gegen die Einbahn ich auch mit dem Fahrrad verboten. Das ist auch eine Gesetzesübertretung. Hier muss gezielt kontrolliert werden! Eine Information im Blättle wäre auch sinnvoll.

Bürgermeister: Das Hinunterfahren gegen die Einbahn mit dem Fahrrad ist verboten! Es ist gefährlich. Die Fahrt durch das Jüdische Viertel ist kein Umweg.

StV. Gabriele Bächle stellt nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Auf der Homepage der Stadt Hohenems ist zu lesen, dass die Schlossbergstraße, die Erlachstraße, die Hellbrunnenstraße und das Hejomahd am 5. Juli 2023 per Verordnung durch den Bürgermeister zu Fahrradstraßen erklärt wurden und mit dem Anbringen der Hinweistafeln in Kraft treten. Wir Grüne und Parteifreie freuen uns über die Ausweisung dieser Straßen als Fahrradstraßen. Doch es stellen sich uns ein paar Fragen:

1. Wann und wie wurde die Hohenemser Bevölkerung über die Ausweisung und das Inkrafttreten der Fahrradstraßen und die dadurch entstandenen Änderungen informiert?
2. Sollte dies noch nicht geschehen sein, bis wann kann damit gerechnet werden?
3. Ist vorgesehen, dass auch auf den Fahrbahnen die Fahrradstraßen als solche erkennbar sein werden?
4. Warum wurde das Hinweisschild „Fahrradstraße“ am Anfang der Erlachstraße an einer Stelle befestigt, an der man es, wenn man von der Harrachgasse kommt, nicht sieht?
5. Ist eine zusätzliche Tafel am Beginn des Hejomahd, beim früheren Weho geplant, damit auch RadfahrerInnen die nicht in Hohenems wohnen, wissen, dass die Fahrradstraße in Richtung Oberklien weiter geht?
6. Werden die Hinweisschilder für die Ausweisung als Fahrradstraße in der Hellbrunnenstraße im Zuge der für heuer geplanten Sanierung montiert?
7. Haben die Verantwortlichen der Stadtplanung schon Überlegungen angestellt, die Straßen Im Kirchholz und in der Rheinfähre als Fahrradstraßen auszuweisen?
8. Was spricht gegen die Ausweisung als Fahrradstraßen?

Seit Jahren weisen wir Grüne und Parteifreie darauf hin, dass die Situation für RadfahrerInnen im Bereich Nibelungen-Apotheke Richtung Bahnhof Hohenems verbessert werden muss. Dazu unsere Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand?
2. Welche Schritte hat die Stadt zur Verbesserung der Situation unternommen?
3. Bis wann ist von Seiten der Abt. Straßenbau der VlbG. Landesregierung mit einer Verbesserung zu rechnen?

Bürgermeister: Zur Anfrage Bahnhofkreuzung: So lange wir auf das Drexel- Areal nicht zugreifen können, ist es sehr schwer eine Lösung zu finden. Eine Verbesserung wäre entlang der Tankstelle zum Bahnhof, aber diese wäre auch sehr schmal. Wir sind in Kontakt mit den privaten Eigentümern. Die Fahrspuren mit dem Parken entflechten ist auch schwierig. Es hat weder bei uns noch beim Land jemand eine Idee, um hier eine Lösung zu finden. Im nächsten Planungs- und Bauausschuss können wir das nochmals diskutieren. Es fehlt derzeit schlicht und einfach der Platz für eine ordentliche Lösung.

StV. Christian Mathis stellt nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4:

1. Gibt es Nutzer, die den Löwensaal kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen und wenn ja, nach welchen Kriterien wird dies entschieden?
2. Die Stadt Hohenems betreibt im Stadtzentrum ein öffentliches WLAN mit jährlichen Kosten von rund € 7.000. Von Besuchern der Stadt hört man, dass die Verbindungsqualität und Geschwindigkeit nicht ideal sind.
 - Ist eine Ausweitung bzw technische Verbesserung des öffentlichen WLANs geplant?
 - Wie ist grundsätzlich die zukünftige Strategie zu diesem Thema?
3. Im Jahr 2016 wurden durch die Stadt um ca. € 14.000 große farbige Kunststoffblumentöpfe angeschafft.
 - Wie viele Stück wurden angeschafft?

- Was hat bisher die Bepflanzung und Blumenpflege pro Jahr gekostet?
- Wo sind die derzeitigen Aufstellorte dieser Blumentöpfe?
- Wurden die Blumentöpfe auch zur privaten Nutzung bereitgestellt?
- Wie ist die zukünftige Verwendung dieser Blumentöpfe geplant?

StV. Arnulf Häfele stellt nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4:

Die Ausfahrt vom Parkplatz des Jüdischen Museums in die Schweizer Straße ist sehr unübersichtlich. Es kommt immer wieder zu unsanften Begegnungen von Autos, die sich vortasten und Fußgängern, die von links auf dem Gehsteig daherkommen. Ein Spiegel könnte gefährliche Situationen entschärfen. Können Sie bis zur nächsten Sitzung klären, ob auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Spiegel angebracht werden kann?

Anlässlich der Stadterhebung im Jahre 1983 hat Franz Josef Waldburg-Zeil der Stadt die Nepomuk-Statue aus dem 18. Jahrhundert geschenkt, die damals noch an der Palastmauer angebracht war. Die Statue steht heute auf dem Schlossplatz und ist höchst renovierungsbedürftig. Werden Sie bis zur nächsten Sitzung Vorschläge zur Konservierung der Nepomukstatue vorlegen, um den Verfall zu verhindern?

Wie lautet der Kaufvertrag genau, mit dem der Hohenemser Stadtrat das Alte Rathaus in der Sägerstraße an einen Investor verkauft hat? Ich möchte den Vertrag sehen.

Die Stadt Hohenems hat am 26.09.2002 zur Errichtung und Renovierung der ehemaligen Synagoge als öffentliches Gebäude mit Veranstaltungssaal einen Baurechtsvertrag abgeschlossen, der erst am 31.12.2052 endet. Gleichzeitig hat sich die Stadt dort wieder eingemietet. Welchen Betrag zahlt die Stadt Hohenems jeden Monat für die Miete der ehemaligen Synagoge? Und welchen Betrag hat die Stadt Hohenems seit der Errichtung des Mietvertrages für die Miete der ehemaligen Synagoge bezahlt?

Was hat sich nach der Auflösung des Pachtvertrages für das Schiheim mit dem Pächter aus der Reute in der Bewirtschaftung des Schiheimes getan?
Welche Pächter sind aktuell dort?

Der Hallenboden im Sportsaal der Mittelschule Herrenried wurde vor ca. 5 Jahren neu erstellt. Angeboten haben damals die Firma Walser-Bau und eine innerösterreichische Firma, die den Zuschlag erhielt, weil sie Billigstbieter war. Gleich nach der Fertigstellung des Hallenbodens sind Risse entstanden. Man wollte die Herstellerfirma verpflichten, den Hallenboden zu reparieren, aber diese Firma gibt es in der Zwischenzeit schon nicht mehr. Nun musste die Firma Walser-Bau verpflichtet werden, den Hallenboden zu reparieren. Deshalb die Frage:
Welches Gremium oder welche Person haben damals die in der Zwischenzeit eingegangene Firma für die Herstellung des Hallenbodens verpflichtet?
Was hat damals die Herstellung des Hallenbodens gekostet?
Wie groß war der Unterschied zum Angebot der Firma Walser-Bau?
Was kostet nun die Reparatur des Hallenbodens durch die Firma Walser-Bau?

Ende der Sitzung: 20:26 Uhr

Die Schriftführerin:

Birgit Amann

Der Vorsitzende:

Bgm. Dieter Egger